

**Liebe Leserinnen und Leser,**

in dieser Woche sind die ersten Entscheidungen der Regierung Angela Merkel und der Koalition gefallen. Von zentraler Bedeutung sind dabei die finanzpolitischen Sofortmaßnahmen. Wir setzen damit ein Einsparvolumen von insgesamt rund 24 Milliarden Euro bis 2010 durch. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte wird dadurch nachhaltig begrenzt. Als Mitglied im Finanzausschuss will ich mich aktiv dafür einsetzen, finanzielle Handlungsspielräume zur Bewältigung von zentralen Zukunftsaufgaben zu gewinnen, u. a. um strukturelle Reformen konsequent angehen zu können und Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung zu geben.

Mit dem Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung wird die Attraktivität so genannter Steuerstundungsmodelle durch eine Verlustverrechnungsbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt. Zukünftig sollen die Verluste nur noch mit späteren positiven Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnet werden können. Bund, Länder und Gemeinden erhalten so bis zum Jahr 2010 Steuermehereinnahmen in Höhe von insgesamt 8,6 Mrd. Euro.

Das Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage beendet ab dem 1. Januar 2006 für Neufälle die Förderung nach dem Eigenheimzulagegesetz. Die öffentliche Hand kann dadurch bis zum Jahr 2010 mit Einsparungen in Höhe von insgesamt 10,7 Milliarden Euro rechnen. Die Förderung der Vermögensbildung durch Wohneigentum bleibt gleichwohl ein wichtiges Anliegen insbesondere mit Blick auf die private Altersvorsorge. Daher soll in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren das selbst genutzte

Wohneigentum ab dem 1. Januar 2007 besser in die geförderte Altersvorsorge integriert werden. Dies entspricht auch dem Ergebnis einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses. Während die Abschaffung der Eigenheimzulage auf keinen großen Widerstand gestoßen war, sollten nach Meinung etlicher Experten aber andere Arten der Förderung ins Auge gefasst werden.

Einen weiteren Beitrag zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird das Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm leisten. Es enthält Regelungen, die vor allem der Verbreiterung der Steuerbasis dienen und gleichzeitig zur Rechtsvereinfachung beitragen. Die öffentlichen Haushalte erhalten dadurch bis zum Jahr 2010 Steuermehereinnahmen in Höhe von 4,4 Milliarden Euro.

Der Beginn des Jahres 2006 wird von der Aufstellung des Bundeshaushaltes bestimmt werden, wozu der alten rot-grünen Regierung unter Schröder bereits die Kraft fehlte. Föderalismusreform und die Gesundheitsreform werden die beiden weiteren Schwerpunkte sein.

Schneller zu Ergebnissen kommen

In 1. Lesung hat sich der Bundestag mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben befasst. Ziele sind u. a. Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben und die ausdrückliche Regelung der Rechtsstellung von Umweltschutzvereinigungen im Anhörungsverfahren zur Planfeststellung im Interesse der Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren.

**Gammelfleisch verhindern**

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben den Antrag „Lebensmittelskandalen effektiv entgegenwirken – Verbraucher umfassend informieren“ eingebracht. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, ein Verbraucherinformationsgesetz einzubringen, das der Information über Gesundheitsgefährdende oder risikobehaftete Produkte gerecht wird, das Kennzeichnungsverfahren bei Lebensmitteln zu verbessern und die Einrichtung eines nationalen Schnellwarnsystems für den Fall von Verstößen gegen das Lebensmittel- und Futtermittelrecht zu prüfen.

Bessere Zeiten für Wirtschaft

Eine ganze Reihe von Wirtschaftsinstituten hat in den letzten Tagen die Wachstumsprognosen für das kommende Jahr angehoben. Der Chef des Sachverständigenrates, Bert Rürup, spricht mit Blick auf 2006 von einem „Merkel-Aufschwung“. Die Stimmen der Experten: Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hob seine Prognose für 2006 von 1,1 auf 1,5 Prozent an. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung korrigierte die Erwartungen von 1,4 auf 1,6 Prozent nach oben. Auch das Hamburgische Welt-Wirtschaftsarchiv und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle planen eine Anhebung ihrer Prognose auf über 1,5 Prozent.

Genetischer Fingerabdruck zeigt Erfolge

Der so genannte genetische Fingerabdruck heizt den Verbrechern ordentlich ein. Allein bei uns in Baden-Württemberg führt sie die Polizei mittlerweile täglich auf zwei neue Spuren. Mit dem 3000. Treffer in der DNA-Datenbank ist jetzt eine bundesweite Serie von Einbrüchen in Arztpraxen aufgeklärt wor-

den. Erst vor 16 Jahren hatten Kriminaltechniker in Stuttgart erstmals bundesweit einen Straftäter durch den genetischen Fingerabdruck überführt.

Wort gehalten

Noch vor 8 Wochen beschloss das alte rot-grüne Kabinett Schröder einen Gesetzentwurf, der eine rückwirkende und zukünftige Absenkung des Anteils des vereinbarten Hartz-IV-Zuschusses für Kommunen auf Null vorsah. Die Union hat dies eindeutig abgelehnt. Wir wollten, dass den Kommunen die mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zugesagte Entlastung in Höhe von 2,5 Mrd. Euro tatsächlich zugute kommt. Inzwischen ist klar: Der Bund fordert für das Jahr 2005 keine Rückzahlungen mehr und ist bereit, seinen Anteil an den Unterbringungskosten der Arbeitslosengeld II-Empfänger in Höhe von 29,1 Prozent auch im Jahr 2006 sicherzustellen. Das ist eine positive Botschaft an die Kommunen. Die unionsgeführte Bundesregierung hält Wort.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein fröhliches und gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2006.

Mit herzlichen Grüßen